



BUNDESTAGSWAHL
26. SEPTEMBER 2021



HANDBUCH DER **CSU-** **ARGUMENTE**

CSU 
Näher am Menschen

GRÜßWORT DES GENERALSEKRETÄRS

Liebe Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer,

die Bundestagswahl am 26. September 2021 ist eine Richtungsentscheidung für unser Land. Nach der Corona-Krise ist es immens wichtig, den richtigen Kurs einzuschlagen, um Deutschland wieder stark zu machen.

Wachstum statt Schulden, echte Ökologie statt linke Ideologie, Fairness statt Umverteilung und Einheit statt Spaltung – diese Gegensätze umreißen die Weichenstellung der Bundestagswahl.

Wir wollen eine linke Bundesregierung verhindern. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir dafür unsere Wählerinnen und Wähler mobilisieren. Dafür bitten wir Sie um Ihre tatkräftige Unterstützung vor Ort. In einem Wahlkampf unter Corona-Bedingungen ist die persönliche Überzeugung durch nichts zu ersetzen. In bewährter Weise geben wir Ihnen dafür wieder unsere Argu-Karten an die Hand. Sie klären auf, was andere Parteien tatsächlich wollen.

Ich bitte Sie herzlich, werben Sie in Ihrem Umfeld für eine starke CSU in einer starken Union. Wann immer es darauf ankam, hat sich Deutschland auf die Union verlassen können – das ist unser Versprechen!

Mit den besten Grüßen
Ihr



MARKUS BLUME, MdL
Generalsekretär der CSU



INHALTSVERZEICHNIS

- 05** 10 ARGUMENTE GEGEN
DIE GRÜNEN
- 07** 10 ARGUMENTE GEGEN
DIE SPD
- 09** 10 ARGUMENTE GEGEN
DIE FDP
- 11** 10 ARGUMENTE GEGEN
DIE AFD
- 13** 10 ARGUMENTE GEGEN
DIE LINKE

NÄHER AM MENSCHEN



10 ARGUMENTE GEGEN DIE GRÜNEN

01 Die Grünen wollen mehr Steuern und Schulden:

Der Spitzensteuersatz soll auf 45% erhöht werden, für Einkommen ab 250.000 Euro sogar auf 48%. Das trifft vor allem inhabergeführte Unternehmen hart. Zudem soll ab einem Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro eine neue Vermögenssteuer eingeführt werden, die z. B. auch Immobilien berücksichtigt. Darüber hinaus soll die grundgesetzliche Schuldenbremse zulasten künftiger Generationen gelockert werden. Und auch auf EU-Ebene stehen die Grünen für eine Schuldenunion (Euro-Bonds).

02 Die Grünen haben ein gestörtes Verhältnis zu Deutschland:

Aus dem Titel ihres Wahlprogramms sollte „Deutschland“ gestrichen werden. Und Robert Habeck schrieb einst wörtlich: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.“

03 Die Grünen bekämpfen das Auto:

Der Ausbau von Autobahnen wird auf den Prüfstand gestellt. Dort soll nach dem Willen der Grünen zudem ein generelles Tempolimit von 130 km/h gelten. Ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos zugelassen werden. Der CO₂-Preis soll schon zuvor massiv erhöht werden – ohne Ausgleich für Pendler. All das gefährdet tausende Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und die Mobilität gerade im ländlichen Raum.

04 Die Grünen wollen eine Einheitsversicherung:

Das bewährte System von privater und gesetzlicher Krankenversicherung soll zugunsten einer Bürgerversicherung aufgelöst werden. Zudem soll eine Pflege-Bürgerversicherung entstehen. Für Beamte und Selbstständige bedeutet das eine drastische Einschränkung der Wahlfreiheit. Gleichzeitig setzt sich die grüne Gleichmacherei im Vorschlag des bedingungslosen Grundeinkommens („Garantiesicherung“) fort.

05 Die Grünen stehen für Chaos statt Ordnung:

Grüne Politik ist geprägt von Misstrauen gegenüber dem Staat. So soll der Verfassungsschutz verkleinert und Cannabis legalisiert werden.

06 Die Grünen sind für unbegrenzte Zuwanderung:

Der Türkei-EU-Deal soll beendet, stattdessen eine EU-See-notrettung finanziert werden. Eine EU-Agentur soll zudem Aufnahmestaaten festlegen. Eine Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten lehnen die Grünen ab. Stattdessen sollen Kommunen und Bundesländer künftig selbst zusätzliche Flüchtlinge aufnehmen können. Damit ist einer Einwanderung in unsere Sozialsysteme Tür und Tor geöffnet.

07 Die Grünen sind eine Verbotsparterie:

Egal ob Klimaschutzvorgaben oder Arbeitsmarktpolitik, das Lieblingsinstrument der Grünen ist das Verbot. Veggie-Day und Fleischsteuer lassen grüßen.

08 Die Grünen kriminalisieren Schützenvereine:

Sie fordern ein pauschales Waffenverbot für Private und verkennen damit die Tradition und Brauchtumpflege, für die Schützenvereine stehen.

09 Die Grünen stellen Landwirte an den Pranger:

Mit der Hetze gegen die bäuerliche Landwirtschaft, Zweckbindungen von Direktzahlungen und Verboten von Düngemitteln diskreditieren die Grünen die Leistung unserer Landwirte um die Pflege und den Erhalt der Kulturlandschaft.

10 Die Grünen wollen ein Linksbündnis:

Gemeinsam mit SPD und der Linkspartei will Annalena Baerbock ins Kanzleramt. Dafür nimmt sie als Partner Die LINKE billigend in Kauf, die Deutschland außenpolitisch isolieren will (u. a. NATO-Austritt), zum Teil vom Verfassungsschutz beobachtet wird und es bis heute nicht schafft, sich vom SED-Unrechtsregime zu distanzieren.

NÄHER AM MENSCHEN



10 ARGUMENTE GEGEN DIE SPD

01 Die SPD steht für Abgabenerhöhungen:

Neben Steuererhöhungen sollen auch die Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung erhöht werden und zwar regelmäßig. Damit trifft die SPD gerade qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

02 Die SPD will Schulden statt Wachstum:

Investieren will die SPD vornehmlich auf Schuldenbasis. Eine ausgeglichene Haushaltsführung halten die Sozialdemokraten für falsch. Lieber sollen überschuldete Kommunen, etwa in NRW, von Altschulden befreit werden. Einmal mehr gilt bei der SPD: Wer spart, ist der Dumme.

03 Die SPD wendet sich vom „Fördern und Fordern“ ab:

Mit der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen hat SPD-Kanzler Schröder seinerzeit für Belebung am Arbeitsmarkt gesorgt. Jetzt will die SPD Reformen zurückdrehen. Aus der Grundsicherung soll ein Bürgergeld werden. Das ist die Abkehr vom Leistungsprinzip „Fördern & Fordern“.

04 Die SPD zieht gegen Eigentum zu Felde:

Nach dem Willen der SPD soll eine Vermögenssteuer ebenso eingeführt werden wie Verschärfungen bei der Erbschaftssteuer. Parteilinke wie Kevin Kühnert diskutierten zudem wiederholt unwidersprochen über Enteignungen von Firmen wie BMW.

05 Die SPD blockiert den Wohnungsbau:

Obwohl das Bundesverfassungsgericht den „Mietendeckel“ in Berlin kassiert hat, hält die SPD ein „Mietenmoratorium“ im Programm. Garniert wird es mit Restriktionen für öffentliche Baulandmobilisierung und einer Ausweitung des Vorkaufsrechts für Kommunen. So werden Flächen knapper und Bauen teurer. Dabei ist Bauen das beste Rezept gegen Wohnungsmangel.

06 Die SPD schleift das Staatsbürgerschaftsrecht:

Die Sozialdemokraten wollen Einbürgerungen deutlich erleichtern und früher möglich machen. Mehrstaatlichkeit soll explizit ausgeweitet werden. Für geduldete Migranten sollen Stichtagsregelungen greifen. Ein derart gelockertes Staatsbürgerrecht in Verbindung mit der Ausweitung der Sozialleistungen macht Deutschland für Armutsmigration noch attraktiver.

07 Die SPD benachteiligt Familien:

Geht es nach der SPD, soll gemeinsam mit anderen linken Parteien das Ehegattensplitting abgeschafft werden. Kinder sollen nur noch mit einer Kindergrundsicherung abgegolten werden.

08 Die SPD ist steuerlich unglaubwürdig:

In öffentlichen Bekundungen ist der SPD das Thema Steuerehrlichkeit sehr wichtig. In konkreten Fällen wie bei Wirecard oder bei den Cumex-Geschäften der Hamburger Warburg Bank hat SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz als Finanzminister bzw. Senator die Aufsicht aber schleifen lassen. Millionensummen entgingen so dem Fiskus.

09 Die SPD bekennt sich nicht zur Bundeswehr:

Egal ob waffenfähige Drohnen oder die künftige nukleare Teilhabe Deutschlands in der NATO, die SPD zaudert. Zerrissen vom linken Parteiflügel kann sie sich nicht zu einem klaren Ausstattungsbekanntnis zur Bundeswehr durchringen.

10 Die SPD will ein Linksbündnis:

Bereits mehrfach hat die SPD bekundet, nicht mehr mit der Union zusammenarbeiten zu wollen. Zuvor hat sie bereits während der Großen Koalition mit einem Ausstieg gedroht. Klar ist: Die SPD begibt sich auf Linkskurs und will einer linken, unerfahrenen Regierung mit grüner Kanzlerin zur Macht verhelfen.

10 ARGUMENTE GEGEN DIE FDP

01 Die FDP-Vorschläge sind unbezahlbar:

Die FDP möchte massiv investieren und gleichzeitig Steuern senken. Angesichts der Haushaltslage nach der Corona-Pandemie kann das nicht funktionieren. Viele Vorschläge der FDP sind damit schlicht unbezahlbar.

02 Die FDP will Vater und Mutter abschaffen:

Bis zu vier Elternteile sollen rechtliche Eltern eines Kindes sein können. Zudem soll das Adoptionsrecht großzügig geöffnet und die Embryonenspende ermöglicht werden. Gleiches gilt für Leihmutterchaften. Damit macht die FDP klar, wo sie gesellschaftspolitisch steht: eindeutig im Gender-Lager.

03 Die FDP stürzt Kommunen in Unsicherheit:

Zum Steuerpaket der FDP gehört die Abschaffung der Gewerbesteuer. Sie ist die wichtigste Einnahme der Kommunen. Hinsichtlich eines Ersatzes der Gewerbesteuer bleibt die FDP schwammig, obwohl gerade Kommunen langfristige Investitionssicherheit brauchen. Schließlich finanzieren sie Kitas, Öffentlichen Nahverkehr und Co.

04 Die FDP will staatliches Tafelsilber privatisieren:

Nach dem Willen der Freien Demokraten soll der Bund seine Anteile an der Deutschen Post oder der Deutschen Telekom verkaufen. Dabei hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass Privatisierungen mitunter die Daseinsvorsorge erschweren (Bahnverbindungen, Breitbandausbau, ...). Darüber hinaus gilt: Man kann alles nur einmal verkaufen.

05 Die FDP legt die Axt an bayerische Abschlüsse:

Geht es nach der FDP, werden Abschlussprüfungen zur Mittleren Reife oder dem Abitur bald bundeseinheitlich gehandhabt. Damit wird der bewährte Wettbewerbsföderalismus in der Bildung massiv geschliffen. Bayern droht damit eine Abwertung der Abschlüsse. Dabei brauchen wir gerade im rohstoffarmen Deutschland beste Bildung statt Durchschnitt.

06 Die FDP will den Europäischen Bundesstaat:

Nach dem Willen der FDP soll ein europäischer Verfassungskonvent den Weg in einen Europäischen Bundesstaat samt eigener Verfassung ebnen. Bis dahin wird ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ angestrebt. Diese jahrelange Selbstbeschäftigung wäre Gift für die Handlungsfähigkeit Europas.

07 Die FDP entfremdet Wähler und Wahlkreise:

Anstelle von 299 Wahlkreisen soll es künftig nur noch 250 geben. Der Kontakt zwischen Bevölkerung und Mandats-trägern wird dadurch deutlich erschwert, Wahlkreise werden unüberschaubar groß. Der FDP geht es dabei nicht um die Verkleinerung des Bundestags, sondern um handfeste eigene Wahlinteressen.

08 Die FDP will die Pflegeversicherung aushöhlen:

Wörtlich heißt es „Eigenverantwortung endet nicht bei der Pflegebedürftigkeit“. Künftig soll ein Drei-Säulen-Modell greifen aus staatlicher, privater und betrieblicher Vorsorge. Geringverdiener oder Selbstständige haben aber nicht die Möglichkeit der betrieblichen Vorsorge, sie haben bei der FDP das Nachsehen.

09 Die FDP hatte die Chance zu regieren:

2017 hätte die FDP die Chance gehabt, gemeinsam mit der Union und den Grünen eine sog. Jamaika-Koalition zu bilden. Dort hätte sie ihre Vorschläge einbringen können. Stattdessen hat sie die Verhandlungen platzen lassen.

10 Die FDP ist eine politische Wundertüte:

Der Generalsekretär der FDP hat mehrfach offen seine Sympathie für eine Koalition mit SPD und Grünen bekundet. Wie diese sog. Ampel angesichts der äußerst unterschiedlichen Vorstellungen von FDP und Grünen, etwa bei Steuern, funktionieren soll, ist unklar. Damit ist jede Stimme für die FDP im besten Fall eine Stimme für eine Ampelregierung, im schlechtesten Fall für ein reines Linksbündnis.

NÄHER AM MENSCHEN



10 ARGUMENTE GEGEN DIE AfD

01 Die AfD ist eine wirkungslose Partei:

Die AfD hat noch in keinem Parlament einen wirksamen Beitrag zur Politik geleistet. Regelmäßig fällt sie durch inneren Streit oder rhetorische Ausfälle auf. Für die Wählerinnen und Wähler etwas erreicht hat die Partei noch nie.

02 Die AfD ist ein Fall für den Verfassungsschutz:

Auf Bundesebene läuft eine gerichtliche Auseinandersetzung über die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz. In Thüringen beobachtet der Verfassungsschutz die dortige AfD bereits. Dort hatte der besonders extreme sog. „Flügel“ rund um Björn Höcke seinen Ursprung. Mitunter diskutiert die AfD sogar Anträge, wonach Waffen für jedermann zugänglich gemacht werden sollen.

03 Die AfD will Deutschlands Austritt aus Europa:

Die AfD wirbt für den sog. D-Exit. Damit würden Deutschland ähnlich schwierige Verhandlungen und Handelseinbußen drohen wie Großbritannien. Millionen Arbeitsplätze wären bedroht, von Gütern wie Reisefreiheit ganz zu schweigen.

04 Die AfD will raus aus dem Euro:

Die gemeinsame europäische Währung bezeichnet die AfD als „Fehlkonstruktion“. Sie will zurück zur D-Mark. Dabei ignoriert sie die handfesten wirtschaftlichen Vorteile der gemeinsamen Währung und die Risiken durch eine Rückkehr zum alten System aus Auf- und Abwertungen von Währungen – mit allen negativen Folgen auch für Deutschland.

05 Die AfD ignoriert den Klimawandel:

Die lapidare Antwort der AfD auf den Klimawandel lautet, Deutschland müsse sich anpassen. Dabei ist die klimaschädliche Wirkung des CO₂-Ausstoßes wissenschaftlich bewiesen. Wer ihn nicht reduziert, setzt die Zukunft unseres Landes aufs Spiel. Dafür hat die AfD aber keinerlei Rezepte.

06 Die AfD will zurück zur Kernenergie:

Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es, man wolle die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern. Kein Wort wird darüber verloren, wie mit dem Atommüll umgegangen werden soll. Dabei ist das Fehlen eines sicheren Endlagers nach wie vor einer der Hauptgründe für den Ausstieg aus der Kernenergie.

07 Die AfD hat keine Wirtschaftskompetenz:

Sie mobilisiert gegen Fachkräftezufluss, bekämpft Europa und hat weder ein Konzept für die Digitalisierung noch für öffentliche Investitionen. Wachstum und neue Arbeitsplätze entstehen so nicht.

08 Die AfD gefährdet die Gesundheit der Bürger:

In der Corona-Pandemie hat sich die AfD mit Corona-Leugnern gemein gemacht. Mit Protesten gegen die Maskenpflicht oder die Impfkampagne setzt sie die Gesundheit vieler Bürger aufs Spiel.

09 Die AfD ist die Partei von Fake News und Verschwörungstheorien:

Keine andere Partei beteiligt sich so intensiv an der Verbreitung von Falschnachrichten im Internet wie die AfD. Ihr Ziel ist die Desinformation und Spaltung der Gesellschaft. Wiederholt sind führende Politiker demokratischer Parteien in Deutschland in ihr Fadenkreuz geraten. Dabei paktiert die AfD mit Extremisten, Verschwörungstheoretikern und Querdenkern im In- und Ausland.

10 Die AfD will Medien beschneiden:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll nach dem Willen der AfD in ein Bezahlfernsehen umgewandelt werden. Damit ignoriert die Partei den grundgesetzlichen Auftrag eines unabhängigen Rundfunks. Neutrale Information für mündige Bürger ist der AfD offenbar nicht wichtig.

NÄHER AM MENSCHEN



10 ARGUMENTE GEGEN DIE LINKE

01 Die LINKE isoliert Deutschland:

Sie tritt dafür ein, alle Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden, auch humanitäre. Darüber hinaus lehnt sie das 2%-Ziel der NATO ab, zu dem sich Deutschland bekannt hat. So wird Deutschland isoliert. Wer aber selbst nicht bündnistreu ist, darf im Fall des Falles auch nicht auf die Hilfe anderer hoffen.

02 Die LINKE bringt Wohnungsbau zum Erliegen:

Nach dem Vorbild Berlins will die LINKE einen Mietendeckel bzw. Mietenstopp. Dabei zeigt Berlin, dass ein staatliches Einfrieren der Mieten nur eine Reduzierung der Wohnungsangebote und einen Stopp von klimafreundlichen Sanierungen zur Folge hat. Trotz der Niederlage für den Berliner Mietendeckel vor dem Bundesverfassungsgericht will die LINKE den bundesweiten Versuch in einem Linksbündnis antreten.

03 Die LINKE macht Arbeit unbezahlbar:

Eine 30-Stunden-Arbeitswoche bzw. eine 4-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich soll zum Normalarbeitsverhältnis werden. Darüber hinaus soll der Mindestlohn auf 13 Euro steigen. Befristete Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit will die LINKE abschaffen. Wie Arbeitgeber mit diesen Vorgaben Flexibilität bewahren oder neue Jobs schaffen sollen, ist unklar. Klar wäre aber in jedem Fall: Mit diesen Vorschlägen würde die Deindustrialisierung Deutschlands einhergehen.

04 Die LINKE legalisiert Asylmissbrauch:

Migranten ohne Aufenthaltsstatus sollen dauerhaft in Deutschland bleiben können. Abschiebungen lehnt die LINKE ab, stattdessen will sie großzügige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse.

05 Die LINKE nimmt Arbeit ihren Wert:

Ein garantiertes Mindesteinkommen von 1.200 Euro und eine sanktionsfreie Mindestsicherung sollen Hartz IV ersetzen. Damit will Die LINKE Anreize abschaffen, erwerbstätig zu sein. Das ist die Abkehr vom bewährten Prinzip „Fördern und Fordern“ in der Sozialpolitik.

06 Die LINKE vertritt unfinanzierbare Forderungen:

Das Wahlprogramm der Linken ist eine Geldverteilungsmaschine ohne Gegenfinanzierung. Die beabsichtigte Vermögenssteuer wurde vom Bundesverfassungsgericht bereits einmal gestoppt. So bleibt nur der Weg in eine gigantische Verschuldung, unabhängig von Corona.

07 Die LINKE vertritt vermögensfeindliche Politik:

5% Vermögenssteuer sollen auf Vermögen oberhalb von einer Million Euro gelten. Freibeträge soll es nur für betriebsnotwendige Vermögen geben. Damit trifft die LINKE vor allem Eigenheimbesitzer, deren Vermögen in Haus und Hof gebunden ist. Sie müssten Kredite aufnehmen, um Steuern bezahlen zu können. Für Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro soll zudem eine Vermögensabgabe eingeführt werden.

08 Die LINKE paktiert mit Verfassungsfeinden:

Janine Wissler, eine der Vorsitzenden der Partei, war bis kurz vor ihrer Wahl Mitglied bei Marx21 und der Sozialistischen Linken, einer linksextremen Organisation, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Auch bei den gewalttätigen Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz äußerten Vertreter der Linken gar Verständnis für Gewalttaten.

09 Die LINKE ist ein Sicherheitsrisiko:

Der Verfassungsschutz soll ebenso wie die Videoüberwachung im öffentlichen Raum abgeschafft werden. Bundeswehr und Geheimdienste sollen bei Cybersicherheit nicht mehr unterstützen. Dafür sollen Vereine aus dem links-extremen Milieu als gemeinnützig anerkannt werden.

10 Die LINKE ist die Fortsetzung der SED:

Die Partei, die in der direkten Nachfolge der ehemaligen SED steht, distanziert sich bis heute nicht vom Unrechtsstaat der DDR. Bekenntnisse zu unserer Rechtsordnung und Staatsform überzeugen so nicht.

NÄHER AM MENSCHEN



VIEL ERFOLG!



CSU-Landesleitung

Mies-van-der-Rohe-Straße 1
80807 München



Telefon 089/1243-350
landesleitung@csu-bayern.de
csu.de

NÄHER AM MENSCHEN

